

AUS DEM MANNHEIMER MORGEN VOM 30. NOVEMBER 2019

Streitgespräch zwischen Jung und Alt

DEBATTE Die Redaktion lädt Leserinnen und Leser aus verschiedenen Generationen zu einer Diskussionsrunde über die Auswirkungen des Klimawandels ein.



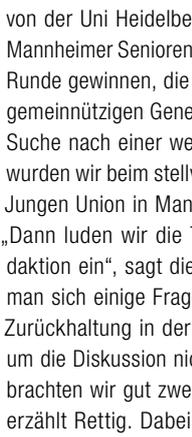
DREHBUCH

Zeitung Mannheimer Morgen
Auflage 66.300
Kontakt Joana Rettig
Telefon 0621 – 392 13 35
E-Mail jrettig@mamo.de

Idee Im vergangenen Herbst produzierte die Redaktion des *Mannheimer Morgens* eine Serie zum Thema Nachhaltigkeit. „Wir fanden dabei auch den Aspekt des Generationenkonflikts interessant“, erklärt Joana Rettig, die damals noch als Lokalredakteurin arbeitete, mittlerweile aber als Weltreporterin für die Zeitung tätig ist. Um verschiedene Stimmen zusammenzubringen, entschied sich Rettig gemeinsam mit ihrer Kollegin Madeleine Bierlein dazu, eine Gesprächsrunde mit Angehörigen mehrerer Generationen zu organisieren.
Recherche „Ich berichte für den *Mannheimer Morgen* über ‚Fridays for Future‘ und verfüge deshalb über Kontakte in die Szene“, erklärt Rettig. So habe sie eine Frau für die Runde gewinnen



Madeleine Bierlein ist Weltreporterin des Mannheimer Morgens.



Joana Rettig ist Weltreporterin des Mannheimer Morgens.

können, die sich bei der Elternvereinigung „Parents for Future“ engagiert. Außerdem konnten die Redakteurinnen einen jungen Politikwissenschaftler von der Uni Heidelberg, den Co-Vorsitzenden des Mannheimer Seniorenrats und eine Studentin für die Runde gewinnen, die Mitglied des Jugendrates der gemeinnützigen Generationen Stiftung ist. „Auf der Suche nach einer weiteren konservativen Stimme wurden wir beim stellvertretenden Vorsitzenden der Jungen Union in Mannheim fündig“, erzählt Rettig. „Dann luden wir die Teilnehmer zu uns in die Redaktion ein“, sagt die Reporterin. Im Vorfeld habe man sich einige Fragen überlegt, sich aber primär Zurückhaltung in der Gesprächsführung auferlegt, um die Diskussion nicht zu stören. „Insgesamt verbrachten wir gut zweieinhalb Stunden zusammen“, erzählt Rettig. Dabei schnitten die Reporterinnen



Joana Rettig ist Weltreporterin des Mannheimer Morgens.

das Gespräch per Handy mit und dokumentierten zusätzlich die Aussagen der Teilnehmer.
Umsetzung Der Beitrag erschien auf zwei Seiten. Die Teilnehmer wurden durch Porträtfotos vorgestellt. Insgesamt mussten die Reporterinnen nur wenige Zwischenfragen stellen. So entstand ein lebendiges Streitgespräch, in dem das Thema von vielen Seiten beleuchtet werden konnte.

drehscheibeTIPP
Klima-Speed-Dating: Die Zeitung lädt Leserinnen und Leser ein und bringt immer diejenigen zusammen, die völlig anderer Ansicht sind. Anschließend geben diese ein Feedback ab.

Staaten suchen nach Lösungen

Von Madeleine Bierlein

Madrid. Am Montag ist es wieder so weit. Vertreter aus rund 200 Ländern werden zwei Wochen lang um Fortschritte beim globalen Klimaschutz ringen – dieses Mal in der spanischen Hauptstadt Madrid. Die Gastgeber rechnen mit 25 000 Besuchern.

Der Weg hin zu effektiven Lösungen ist steinig. Immerhin: Nach dem Abschluss des historischen Pariser Klimaabkommens im Jahr 2015 konnten sich die Staaten im vergangenen Jahr auf ein Regelwerk einigen, wie die Erderwärmung auf 1,5 bis zwei Grad über dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden soll. Da die Pläne aber bislang nicht ausreichen, soll es nun in Madrid konkreter werden. Ein Überblick:

Größere Anstrengungen

Laut Pariser Klimavertrag müssen die Unterzeichner-Staaten alle fünf Jahre neue, ehrgeizigere nationale Klimaschutzpläne vorlegen. 2020 wird es erstmals so weit sein. Einige haben bereits angekündigt, dass sie nachlegen werden. G20-Staaten sind nicht darunter, obwohl diese die meisten Treibhausgase ausstoßen. In Madrid soll daher der Druck erhöht werden. Für Deutschland gilt in dieser Frage das EU-Klimaziel. Kommissionschefin Ursula von der Leyen möchte es anheben. In Deutschland gibt es Unterstützung von Seiten der Grünen, aber auch von Außenminister Heiko Maas und Umweltministerin Svenja Schulze (beide SPD). Die Bundesregierung hat sich noch nicht auf eine Position verständigt.

Handel mit Klimaschutz

Staaten, die ihre Ziele übererfüllen, sollen das eingesparte CO₂-Budget an langsamere Staaten verkaufen können. Und auch Unternehmen, etwa Fluggesellschaften, bekommen die Möglichkeit, ihre Klimabilanz durch die Finanzierung von Klimaprojekten zu verbessern. Wie das genau funktionieren soll, muss noch ausgearbeitet werden.

Unterstützung armer Länder

Stürme, Überschwemmungen und Dürren treffen vor allem ärmere Länder. Daher wurde 2013 beschlossen, dass bei Bedarf Hilfgelder fließen sollen. Beim Gipfel wird nun offiziell überprüft, wie gut das funktioniert.

Die Verhandlungslage ist kompliziert. Einerseits macht die Zivilgesellschaft, etwa die Jugendbewegung „Fridays for Future“, Druck und fordert die Politik zum Handeln auf. Andererseits haben die USA wie geplant ihre Kündigung des Pariser Klimavertrags eingereicht. Auch der umstrittene brasilianische Präsident Javier Bolsonaro droht mit einem Ausstieg. (mit dpa)

UN-Studie: Starke Erwärmung droht

Genf/Madrid. Wenn die Weltbevölkerung so weiterlebt wie bisher, dann droht die Temperatur bis zum Ende des Jahrhunderts um 3,4 bis 3,9 statt wie im Pariser Klimavertrag angestrebt um 1,5 bis zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu steigen. Das ist das Ergebnis einer UN-Studie, die das Umweltprogramm Unep am Mittwoch veröffentlicht hat. Um knapp ein Grad hat sich die Erde schon erwärmt. Ähnliche Studien-Ergebnisse hatte es in den vergangenen Wochen mehrfach gegeben. Die Länder müssten ihre national festgelegten Beiträge im kommenden Jahr deutlich anpassen, um die Lücke bei den Klimazielen mit politischen Ansätzen und Strategien zu schließen, heißt es im Unep-Bericht. mad/dpa

Streit ums Klima – ein Generationenkonflikt?

Der Klimawandel wird zur Belastungsprobe für Jung und Alt. „Ihr zerstört unsere Zukunft“, lautet der Vorwurf der Jungen. „Wir haben den heutigen Wohlstand erst ermöglicht“, entgegnen die Älteren. Droht eine Spaltung der Generationen? Ein Streitgespräch zwischen fünf Frauen und Männern.

Von Madeleine Bierlein und Joana Rettig

Die Demonstranten von „Fridays for Future“ werfen der Eltern- und Großelterngeneration vor, auf Kosten der Jugend zu leben. Haben sie recht?

Moritz Plohberger: Erst einmal: Ich bin 23 Jahre alt und kann gern von jedem geduzt werden. Herr Schlichter, wir können gerne beim Sie bleiben, aber Sie können mich trotzdem duzen, wenn Sie möchten. **Konrad Schlichter:** Nein, nein. Wenn wir uns alle einigen, dann bleiben wir alle beim Du (Zustimmung aus der Runde).

Plohberger: Zurück zur Frage: Ich widerspreche entschieden. Wenn wir uns die Slogans der „Fridays for Future“-Demonstranten ansehen, etwa „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut“ oder Gretas Worte „How dare you“ (Wie könnt ihr es wagen), dann sollten wir doch einmal betrachten, was die Eltern- und Großelterngeneration aufgebaut hat. Wir leben hier in Deutschland in wirtschaftlichem Wohlstand, und der wurde hart erarbeitet.

Schlichter: Auch ich stand in den 70er Jahren mit Plakaten auf der Straße und habe mit der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung unter dem Titel „Die Schöpfung bewahren“ demonstriert. Aber der heute geäußerte pauschale Vorwurf „Die Alten klauen uns die Zukunft“, ja sogar „Die Alten beuten die Jungen aus“ ist eine ungeheuerliche Beleidigung unserer Generation. Die Geschwister meines Vaters haben den Bombenhagel in der Mannheimer Innenstadt überlebt – mein Vater ist im Krieg geblieben. Wenn ihr Mannheim nach dem Krieg gesehen hättet! Das könnt ihr euch gar nicht vorstellen. Ich habe auf dem Lindenhof gewohnt. Vom Lanz, heute John Deere, bis zum Rhein: nur Trümmer. Das wieder aufzubauen, das ist die Leistung der alten Generation. Und das gilt nicht nur für den Wohnungsbau, sondern auch für das Gemeinwohl und alle staatlichen Organe. Meine Generation hat die Katastrophe miterlebt. Und heute haben wir ein geordnetes Gemeinwesen.

Lynn Werhahn-Flatow: Als „Parents for Future“ erkennen wir an, dass wir das, was wir heute haben – den Wohlstand, das Gemeinwesen, die demokratischen Möglichkeiten, aufgrund der Leistungen älterer Generationen haben. Und das wissen auch die Jüngeren. Den meisten ist bewusst, dass sie den Wohlstand, in dem sie aufwachsen, ihren Eltern und Großeltern verdanken. Das hat Greta Thunberg übrigens auch gesagt.



„Man muss erst dafür sorgen, dass der Wohlstand erzeugt und gehalten wird.“

Moritz Plohberger (23) ist stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbands der Jungen Union in Mannheim. Er studiert in Mainz Kommunikationswissenschaften und begeistert sich für das Thema Wirtschaft. (BILDER: RINDERSPACHER)



„Allein in diesem Jahr leben wir seit fünf Monaten auf Pump.“

Lynn Werhahn-Flatow (32) ist Ärztin und engagiert sich bei „Parents for Future“. Sie stammt aus Oberbayern und hat in Heidelberg studiert. Zur Diskussionsrunde hat sie ihren sieben Monate alten Sohn mitgebracht.

Nina Kastner: Ich finde es ganz, ganz doof, dass die Schuldfrage so oft gestellt wird. Denn es ändert nichts an der Tatsache, dass wir gerade auf den Abgrund zurasen, wenn ich das so formulieren darf. Und es trägt nichts zur Lösung bei.

Plohberger: Bevor man sich aber Gedanken über die Umwelt machen kann, muss man meiner Meinung nach erst dafür sorgen, dass der Wohlstand erzeugt und gehalten wird. Und dann können wir über andere Faktoren wie die Umwelt nachdenken.

Werhahn-Flatow: Da haben wir eine etwas andere Sicht. Denn wir werden den heutigen Wohlstand nicht halten können. Allein in diesem Jahr leben wir seit fünf Monaten auf Pump. Der Planet hat nicht mehr Ressourcen zur Verfügung. Wir können natürlich den Wohlstand mit dem Brecheisen erzwingen und noch ein paar Jahre so leben wie bisher. Aber dann wird uns die Nummer massiv um die Ohren fliegen. Momentane Berechnungen sagen, dass wir irgendwas zwischen eininhalb und maximal acht Jahren haben. Wenn wir bis dahin nicht massiv reduzieren ...

Plohberger: Mit solchen Aussagen spaltest du die Gesellschaft.

Schlichter: Was meinst du damit, dass wir auf Pump leben?

Werhahn-Flatow: Damit meine ich, dass der aktuelle Verbrauch nicht von den Ressourcen dieses Planeten gedeckt ist. Ein einfaches Beispiel: Die Menge Reis, die wir im globalen Norden konsumieren, steht nicht zur Verfügung. Wir kaufen so viel Reis ein, dass es in den Ländern, in denen er produziert wird, zu Hungersnöten kommt. Aber das ist vielen Menschen nicht bewusst. Wir haben jetzt schon gewaltige Probleme mit dem Klima, und mein Sohn (blickt zu ihrem Kind) wird nicht auf dem Planeten aufwachsen, wie wir ihn kennen. Er wird wahrscheinlich keine Arktis mehr haben. Der Regenwald ist jetzt schon zu großen Teilen zerstört, die CO₂-Menge überhaupt nicht mehr abbaubar.

Schlichter: Ich teile die Auffassung, dass wir aufpassen müssen, wie wir mit Ressourcen umgehen. Aber mit deinen Äußerungen schürst du nur Ängste. Das ist für mich nicht akzeptabel, dagegen wehre ich mich.

Werhahn-Flatow: Aber ich habe Angst! Und 97 Prozent der Wissenschaftler sind sich einig, dass das, was ich gesagt habe, wahr ist. Ich habe mir das nicht ausgedacht.

Schlichter: Ich weiß, aber ich teile diese Einschätzung trotzdem nicht. Ich denke, das ist reine Hysterie. Natürlich gibt es Dinge, die neu ausgerichtet werden müssen. Dem müssen wir uns gemeinsam stellen – Alte, arbeitende Bevölkerung und Junge – in dem Vertrauen, dass etwas Vernünftiges daraus wird. Das ist unsere Kernaufgabe. Dafür werbe ich, für ein Miteinander in der Gesellschaft und nicht ein gegenseitiges Auseinanderdividieren.

Was sagen Sie als Wissenschaftler dazu, Herr Jungmann?

Maximilian Jungmann: Ich bin kein Klimaforscher, aber als Politikwissenschaftler beschäftige ich mich mit dem Klimawandel. Tatsächlich sagen 97 Prozent der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, dass es den menschengemachten Klimawandel gibt. Auf internationaler Ebene gibt es über das Pariser Abkommen das Ziel, die globale Erwärmung auf 1,5 bis maximal zwei Grad zu begrenzen. Die Staaten entscheiden selbst, wie sie zu diesem Ziel beitragen, und fertigen Berichte darüber an. Wissenschaftler haben nun zusammengerechnet, dass wir mit den angekündigten Maßnahmen aber nicht bei 1,5 bis zwei Grad Erwärmung landen, sondern bei 2,5 bis 3,4 Grad. Und das auch nur, wenn alle Staaten ihre Ziele erreichen. Im Moment sieht es aber so aus, dass das keinem gelingen wird. Das heißt, die Temperaturerhöhung wird, wenn wir nichts machen, noch viel höher ausfallen – mit massiven Konsequenzen für sämtliche Lebensbereiche. Also zum Beispiel unsere Gesundheit, Migrationsbewegungen, die Sicherheit und so weiter.

Wie könnte eine Lösung aussehen?

Jungmann: Nachhaltigkeit bedeutet nicht immer nur, dass man Rückschritte macht. Es bedeutet, dass man zusammen intelligent Lösungen findet. Das ist schwierig, das ist zeitaufwendig, das kostet sehr viele Nerven, das zeigt ja auch die gesellschaftliche Diskussion. Deshalb braucht es neue Formate, um das effektiv zu gestalten und alle mitzunehmen.

Schlichter: Das ist Aufgabe der Politik.

Jungmann: Aufgabe der Politik ist es, zu entscheiden. Aber es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Schlichter: Wir befinden uns aber gegenwärtig in einer Phase, in der das pointierte, das plakative Darstellen siegreich ist. Und das beunruhigt mich.

Kastner: Wenn man aber diesen 97 Prozent der Wissenschaftler glaubt, und das tue ich, dann lohnt es sich auf jeden Fall, in nachhaltige Lösungen zu investieren.

Plohberger: Es darf dabei aber niemand eingeschränkt werden, und das wird derzeit in Deutschland befeuert. Beispiel Automobilindustrie. Wir dürfen nicht vergessen, dass sie noch immer das Herz der deutschen Wirtschaft ist. Und es gibt kein Land der Welt, das so nachhaltig ideologisch versucht, seine eigene Industrie zu pulverisieren. Nutzen wir doch die Innovationskraft, die diese Industrie über Jahrzehnte gehabt hat, und vertrauen wir ihr, dass sie auch für die Zukunft nachhaltige Antriebsmöglichkeiten findet. Wir können doch nicht panisch von heute auf morgen weg von den Verbrennungsmotoren. Weder Elektroautos noch Brennstoffzellenautos erfüllen derzeit die Kriterien der Nachhaltigkeit.

Werhahn-Flatow: Na ja, von heute auf morgen kann hier nicht die Rede sein. Wir wissen schon seit Jahrzehnten, dass die fossilen Brennstoffe endlich sind und dass wir davon wegkommen müssen. Man hätte die Innovationskraft schon lange da reinstecken müssen, und sei es nur, um eine Unabhängigkeit von Erdölproduzenten herzustellen. Was die Elektromobilität angeht, stimme ich zu. Das ist nicht die Lösung.

Kastner: Ich glaube, dass sehr wenige Menschen bei „Fridays for Future“ die Elektromobilität als Lösung ansehen. Das wird ihnen oft in den Mund gelegt. Aber es gibt zahlreiche Ideen, wie man Mobilität, wie man eine Stadt neu denken kann.



„Gemeinsam Lösungen zu finden, kann für alle Vorteile bringen.“

Maximilian Jungmann (28) ist Politikwissenschaftler an der Uni Heidelberg. Er ist Mitgründer und Geschäftsführer einer Firma, die sich für nachhaltige Entwicklung einsetzt. Gerade hat er über klimawandelinduzierte Gesundheitsrisiken promoviert.

Plohberger: Aber was genau sollen wir verändern? Weg vom Individualverkehr? Schienennetz ausbauen? Oder was schlägt ihr vor?

Werhahn-Flatow: Das ist ein multifaktorielles Problem, das multifaktorielle Lösungen braucht. Natürlich können wir nicht sagen, dass niemand mehr fliegen darf, dass alle ihre Autos abgeben müssen. Wir brauchen Anreize, aber meiner Meinung nach auch Verbote. Und wir brauchen einen ganz anderen CO₂-Preis. Auch da gibt es wissenschaftliche Berechnungen, ab wann tatsächlich ein Effekt eintritt. Nötig sind auch eine andere Mobilität und eine andere Preisung von Lebensmitteln. Der Konsum von Fleisch und tierischen Produkten trägt erheblich zum Ausstoß von CO₂ bei. Jeder muss etwas in seinem privaten Bereich ändern, es muss aber auch der Wille in der Politik da sein, etwas zu ändern und auf das zu blicken, was in weiter Zukunft liegt.

Kastner: Das Problem ist, dass das Wirtschaftssystem mit seiner Ausrichtung auf Gewinnmaximierung gegen das arbeitet, für das wir uns als Gesellschaft einsetzen sollten.

Schlichter: Bei allem, was ihr hier anspricht, habt ihr strukturelle Veränderungen im Blick. Und ich habe in meinem Leben einige davon mitgemacht. Wenn ihr wie ich erlebt hättet, wie von drüben in Ludwigshafen die Schwefeldämpfe bei Südwestwind überkamen. Wir haben in Mannheim keine Luft bekommen. Allein durch die Entstickung wurde die Luft um 70 Prozent verbessert. Aber auch das ist nicht über Nacht geschehen. Denn es hat irre viel Geld gekostet.

Werhahn-Flatow: Da nennst du einen wichtigen Punkt. Denn als du damals keine Luft mehr bekommen hast, wurde dir eine Auswirkung der Luftverschmutzung quasi um die Ohren gehauen. Warum wir glauben, immer plakativer werden zu müssen, ist, dass es immer noch Leute gibt, die nicht an den Klimawandel glauben. Die Menschen haben keinen Leidensdruck. Es sind die Ärmsten auf der Welt, die die Auswirkungen spüren. Und wir haben Angst, dass es, wenn wir sie auch hier richtig zu spüren bekommen, bereits zu spät ist.

Plohberger: Die Lösungen, die du vorschlägst, sind Restriktion, Verbote, Verteuerung. Ich habe große Zweifel an deren Effektivität. Zwar bin ich zuversichtlich, dass ich persönlich noch fliegen könnte, wenn es doppelt so teuer würde. Aber viele Menschen würden solche irrsinnigen Maßnahmen hart treffen. Und wenn wir diesen Weg einschlagen, wird das zu einer sozialen Spaltung der Gesellschaft führen.

Werhahn-Flatow: Wir dürfen es nicht so machen, dass die Ärmsten die Einzigen sind, die blechen, da stimme ich zu. Aber wenn wir das Geld heute nicht in die Hand nehmen, wird's morgen teurer. Mit jedem Jahr, das wir es verschleppen, wird es mehr Leute treffen. Wir müssen jetzt anfangen. Und Anreize allein werden nicht ausreichen.

Plohberger: Dem widerspreche ich. Wir müssen weg von einer Verbotsagenda hin zu einer Innovationsagenda. Ich bin sicher: Wenn wir die Anreize an den richtigen Stellen

setzen, werden sie auch fruchten.

Schlichter: Wenn du sagst „Wir müssen anfangen“ – wen meinst du damit? (Blickt zu Lynn Werhahn-Flatow).

Werhahn-Flatow: Uns alle, die Politik, jeden in seinem Zuhause.

Plohberger: Aber wir dürfen das Wir nicht nur auf Deutschland beziehen. Wir müssen zumindest auf europäischer Ebene eine gemeinsame Agenda finden. Es kann nicht sein, dass sich nur ein Land in seinem Wohlstand beschränkt.

Kastner: Aber warum?

Plohberger: Weil Deutschland nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist.

Werhahn-Flatow: Irgendwer muss ja anfangen. Was spricht dagegen, dass wir das tun?

Plohberger: Dass wir damit unseren Wohlstand aufs Spiel setzen. Auch das ist eine Frage der Generationengerechtigkeit.

Jungmann: Nachhaltigkeit bedeutet allerdings nicht nur Verzicht und Verbote. Gemeinsam Lösungen zu finden, kann für alle Vorteile bringen. Denn wenn Deutschland seinen Beitrag leistet, Vorreiter wird, gewinnt es international an Ansehen und tut zugleich etwas für die eigene Wirtschaft, in-

dem es die Chancen dieses Wandels nutzt. Ansonsten rennt man anderen Staaten hinterher. China ist beispielsweise viel weiter, was Solarenergie angeht.

Könnte eine Senkung des Wahlalters helfen, die Interessen der kommenden Generation stärker zu berücksichtigen?

Schlichter: Viele beklagen, dass sich die Jungen nicht politisch engagieren. Man muss sich das mal vorstellen, in allen Parteien Deutschlands ist nur ein Bruchteil unter 30 Jahre alt.

Jungmann: Wenn Menschen auf die Straße gehen, ist auch das eine Form politischer Beteiligung. Daraufhin entstand das Klimapaket – ob es gut oder schlecht ist, ist in dem Punkt nicht die Frage. Aber wir haben eine Reaktion auf eine Aktion aus der Gesellschaft. Da sage ich als Politikwissenschaftler: super! So funktioniert Demokratie.

Kastner: In Deutschland ist es so, dass man mit 14 strafmündig wird, aber man bekommt kein Wahlrecht. Das ist für mich ein Widerspruch. Es gibt junge Menschen, die sich interessieren und engagieren, aber aufgrund ihres Alters von den Wahlen ausge-

schlossen sind. Ihnen bleibt dann nur, die Eltern zu überreden, in ihrem Sinn zu wählen. Und ich kenne wiederum Menschen Anfang 20, die sich überhaupt nicht mit Politik auskennen, die dürfen wählen.

Plohberger: Ich bin gegen eine Senkung des Wahlalters. Denn es ist wissenschaftlich erwiesen, dass Menschen in der Pubertät zugänglicher sind für Manipulationen und extreme, populistische Meinungen.

Werhahn-Flatow: Medizinisch gesehen ist das kein gutes Argument. Die Pubertät geht bei vielen bis Mitte 20.

Plohberger: Ein anderes Argument: Mit 16 darf ich nicht Auto fahren, keine Verträge ohne das Einverständnis meiner Eltern schließen, gewisse alkoholische Getränke nicht trinken. Sprich: Mit 16 hat man noch nicht die Verantwortung, die man mit der Volljährigkeit zugesprochen bekommt.

Schlichter: Also wenn uns eine Senkung des Wahlalters hilft, dann gerne. Aber ich bezweifle das.

Kastner: Das Problem ist, dass die jungen Menschen aufgrund der demografischen Entwicklung einen immer kleineren Anteil an der Bevölkerung haben. Aber die He-



„Es macht Sinn, den Jungen eine Stimme zu geben. Und die fordern sie auch.“

Nina Kastner (21), studiert Geographie an der Uni Heidelberg. Sie hat vorher drei Semester Design- und Produktmanagement studiert, was ihr nicht nachhaltig genug war. Sie ist Mitglied im Jugendrat der gemeinnützigen Generationen Stiftung.

rausforderungen durch den Klimawandel betreffen vor allem die junge Generation und diejenigen, die noch gar nicht auf der Welt sind. Da finde ich, dass es Sinn macht, den Jungen eine Stimme zu geben. Und die fordern sie ja auch.

Droht eine Spaltung zwischen Jung und Alt?

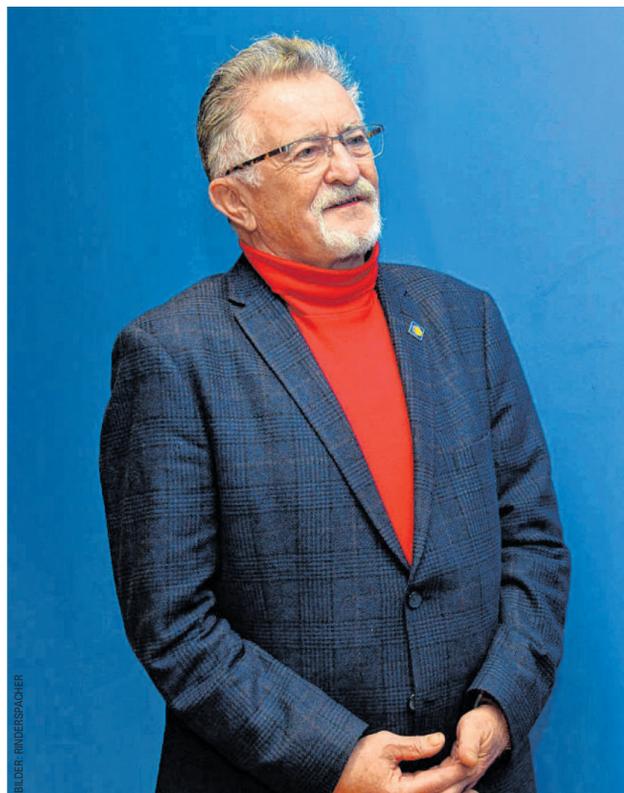
Kastner: Nein. Wenn, dann sehe ich eine Spaltung zwischen Menschen, die Veränderung fordern, in erster Linie die nicht genug ernst genommene junge Generation, und denen, die weitermachen wollen wie bisher.

Jungmann: Es gibt in der Gesellschaft Spannungen. Was ich beunruhigend finde, ist, wie sich der Umgangston verändert. Wie Debatten auf die persönliche Ebene verlagert werden. Auf der einen Seite heißt es „ihr seid schuld“, und auf der anderen Seite, wird ein 17-jähriges Mädchen aufgrund einer Behinderung stigmatisiert. Es sollte mehr um Inhalte gehen. Aber aus meiner Sicht ist das kein ausgewachsener gesellschaftlicher Konflikt. Und es ist unsere Aufgabe, dass wir nicht dorthin kommen.

Plohberger: Ich stimme überein. Das Spaltungspotenzial gibt es nicht zwischen Jung und Alt, sondern zwischen unterschiedlichen Strömungen. Wir müssen sehen, dass wir zusammenstehen und keine soziale Spaltung zulassen.

Werhahn-Flatow: Meiner Meinung nach gibt es keinen größeren Generationenkonflikt als früher. Die Jungen denken, die Alten sind nicht schnell genug. Und die Alten haben das Gefühl, die Jungen fordern Sachen, die man so nicht umsetzen kann. Als du jung warst (blickt zu Konrad Schlichter), bist du doch auch mit Schild auf der Straße gewesen.

Schlichter (lacht): Ich kann mich jedenfalls an gute Diskussionen zwischen Jung und Alt erinnern, als ich selbst noch ein junger Mann war.



„Die Alten beuten die Jungen aus‘ ist eine ungeheuerliche Beleidigung.“

Konrad Schlichter (76) ist Co-Vorsitzender des Mannheimer Seniorenrats. Er saß 35 Jahre für die CDU im Mannheimer Gemeinderat. Bei der Kommunalwahl ist er in diesem Jahr nicht mehr angetreten.

Fiktiver Vertrag der Solidarität

Von Joana Rettig

Mainz/Berlin. Ursprünglich ging es um das Thema Rente, doch der Begriff hat sich mittlerweile auf mehrere Lebensbereiche ausgedehnt – der sogenannte Generationenvertrag. Ein fiktiver „Solidar-Vertrag“ zwischen jeweils zwei gesellschaftlichen Generationen“, wie der deutsche Wirtschaftstheoretiker Wilfried Schreiber (†1975) einst sagte.

Schreiber hatte 1957 die Reform der Gesetzlichen Rente vorangetrieben. Ziel war es, Zurechnungsregeln für die Verteilung des Einkommens Erwerbstätiger einzuführen. Die individuellen Konsummöglichkeiten sollten damit auf die drei Lebensphasen Kindheit und Jugend, Erwerbsphase und Alter aufgeteilt werden. Ein echter Vertrag ist jedoch nicht zustande gekommen. Der Begriff ist also nicht juristisch zu verstehen.

Umweltdebatte einbezogen

Auch in der Klimadebatte gibt es nun Forderungen nach einem Generationenvertrag. Vergangene Woche hatte die rheinland-pfälzische Umweltministerin Ulrike Höfken (Grüne) eine solche Einigung verlangt: Der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur könne keine Grenzen, erklärte sie. Daher seien weltweit verbindliche Zusagen zum Klimaschutz notwendig, sagte sie beim Jugendklimaforum in Mainz. Höfken will an der Weltklimakonferenz am Montag in Madrid teilnehmen. Hierfür sollten die Teilnehmer des Forums politische Forderungen formulieren, um sie der Ministerin zur Konferenz mitzugeben.

Ressourcen aufgebraucht

Die Menschheit hat zudem ihr Budget an natürlichen Ressourcen für dieses Jahr rechnerisch seit dem 29. Juli aufgebraucht. Nach neuen Berechnungen der Denkfabrik Global Footprint Network lag der sogenannte Erdüberlastungstag 2019 damit gleichauf mit 2018. Rein rechnerisch beanspruche die Weltbevölkerung derzeit die Ressourcen von 1,75 Erden.

Vom Erdüberlastungstag an werden Ressourcen verbraucht, die nicht mehr im Lauf des Jahres nachwachsen. Vor allem der Lebensstil in reichen Industrienationen belastet das Konto. „Wir konsumieren und wirtschaften, als gäbe es kein Morgen“, mahnte die Umweltstiftung WWF. Mehrere Umweltschutzorganisationen forderten, das Paradigma des Wirtschaftswachstums hinter sich zu lassen und mehr für den Umweltschutz zu tun. (mit dpa)

Mehr als zwei Meinungen

Bei vielen Streitpunkten gibt es nicht nur die eine oder die andere Seite. Die Welt teilt sich nicht in schwarz und weiß oder richtig und falsch. Diese Zeitung möchte daher viele verschiedene Sichtweisen abbilden.

Aus diesem Grund sind die Teilnehmer dieser Diskussion in die Redaktion nach Mannheim eingeladen worden. Sie stammen aus unterschiedlichen Generationen, Fachrichtungen und haben unterschiedliche politische Ansichten.

Streit sollte kein Tabu sein, aber fair und themengetrieben verlaufen. Ähnlich formulierte es Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei der Jahresversammlung der Hochschulrektoren Mitte des Monats. Angesichts von **Hass und Hetze im politischen Diskurs** forderte er eine **neue Form der Streitkultur**. „Wir haben kein Problem mit der Meinungsfreiheit. Wir haben ein Problem mit unserer Streitkultur“, sagte er. *for*